

## **Deutschland auf dem Weg der politischen Normalisierung – Professoren des Instituts für Politikwissenschaft diskutieren die Auswirkungen der Bundestagswahl**

Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 fand im Umfeld multipler externer Krisen und nationalstaatlicher Herausforderungen statt. Das Ergebnis brachte mit der Absage der SPD an eine große Koalition keine „klassischen“ Koalitionsmöglichkeiten hervor. Zudem sitzt mit der AfD erstmals seit der Anfangszeit der Bundesrepublik wieder eine Partei rechts der Unionsparteien im Parlament. Vor diesem Hintergrund fand die Podiumsdiskussion „Bundestagswahl 2017 – Ergebnisse und Auswirkungen“, im vollbesetzten Saal N013 im Neuen Hörsaalgebäude, statt, bei der alle Professoren der Politikwissenschaft an der TU Chemnitz ihre Einschätzungen abgaben und sich im Anschluss den Fragen des Publikums stellten. Mit nahezu 150 Gästen sowohl aus dem universitätsinternen Umfeld als auch von außerhalb zeigte sich ein äußerst großes Interesse an den politischen Weichenstellungen für die nächsten vier Jahre.

Nach der Begrüßung durch Dr. Christiana Gransow, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Europäische Regierungssysteme im Vergleich und Moderatorin der Runde, beantwortete Prof. Dr. Alexander Gallus die Frage nach den für ihn wichtigsten Ergebnissen der Wahl. Als Inhaber der Professur „Politische Theorie und Ideengeschichte“ schaute er eher in die Vergangenheit zurück und sieht mit dem Einzug der AfD einen neuen rechten Flügel im Parlament. Ob sich daraus eine konstruktive Parlamentserweiterung oder Antiparlamentarismus entwickelt sei noch nicht absehbar.

Die Größe des Bundestages mit über 700 Abgeordneten und die schwierige Koalitionsbildung bewertete Prof. Dr. Eric Linhart als sehr problematisch. „Demokratie lebt von echter Auswahl“, weshalb er die Absage der SPD an eine erneute große Koalition als richtigen Schritt einstufte. Dennoch sei die Situation für den Wähler frustrierend, da er nicht wisse, was seine Stimme nun genau im Bundestag bewirke. Eine Wahlsystemreform ist für den Lehrstuhlinhaber für „Politische Systeme“ überfällig.

Jun.-Prof. Tom Mannewitz bewertete das Wahlergebnis in Deutschland als eine Art „Normalisierung“, denn in den europäischen Nachbarländern sitzen schon länger rechte Parteien mit im Parlament. Die abnehmende mediale Bedeutung der Flüchtlingspolitik stelle die AfD indes vor die Herausforderung, ein neues Thema glaubhaft zu besetzen und sich inhaltlich klarer zu positionieren. Der Machtkampf innerhalb der Partei könnte in einer Ausdifferenzierung zweier „gleichberechtigter“ Parteiflügel münden oder aber in eine Dominanz des rechten Parteiflügels über konservative Elemente der Fraktion, so die Prognose des Inhabers der Juniorprofessur für Politikwissenschaftliche Forschungsmethoden.

In den internationalen Kontext ordnete Prof. Dr. Beate Neuss, Professur „Internationale Politik“, die Bundestagswahl ein. Die Welt sei „aus den Fugen“ und mit dem Einzug einer nationalistischen Partei ergäben sich Debatten im Ausland. Deutschland sollte nicht der Trumpmentalität folgen – „Germany First passt nicht zu deutschen Interessen“. Stattdessen sei es im Zuge des internationalen Terrorismus enorm wichtig, die Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der Europäischen Union zu vertiefen.

Die wichtige Rolle Europas hob auch PD Dr. Christian Schweiger hervor. Er wünsche sich dabei eine klarere Position Deutschlands und bemängelte die wachsende Peripherie in Ost- und Südeuropa. Die Klärung technischer Fragen bringe Europa nicht voran: Um die Spaltung der Union aufzuhalten, müsse Deutschland gegen das soziale Gefälle in Europa vorgehen. Der Politikwissenschaftler vom Lehrstuhl „Europäische Regierungssysteme im Vergleich“ sah dabei die inhaltlichen Differenzen einer möglichen „Jamaika Koalition“ als problematisch an.

Die Podiumsdiskussion fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa im Wahlmarathon – Ergebnisse, Herausforderungen, Perspektiven“ statt. Am **6. Dezember** lädt die Professur „Europäische Regierungssysteme im Vergleich“ zum Vortrag **„Die Europäische Währungsunion als ein Beispiel europäischer Integration“** von **Markus Altmann, Bundesbank Chemnitz**, ein.

(Autorin: Carolin Krutsch)